

Inklusion, ein riskantes Experiment ...

I. Die Schule macht schon genug Sorgen.

Viele Schüler in NRW und den Stadtstaaten lernen zu oberflächlich und erreichen nur unterdurchschnittliche Kompetenzniveaus. Bundesweit ist das Problem der "Risikoschüler" ungelöst (bei 20% der 15-Jährigen überschreiten Mathematik- und Lesekompetenz nicht das Grundschulniveau). Die Lehrerschaft hingegen hat mit ausufernder Reformbürokratie zu kämpfen - und vermisst praxisnahe Unterstützung und Weiterbildung.

Vielerorts hat eine systematische Qualitätsentwicklung des Unterrichts an Regelschulen (d.h. bei moderater Heterogenität) gerade erst begonnen. Ist da eine forcierte oder gar totale Ausweitung des Diversitätsspektrums verantwortbar?

II. Bewährte Integration, zweifelhafte Inklusion

Seit Jahren gibt es gute Erfahrungen damit, Schüler mit besonderen Beeinträchtigungen integrativ zu unterrichten - allerdings nicht bedingungslos und nicht zum Nulltarif. So können etwa körperbehinderte Kinder gut am Regelunterricht teilnehmen - wenn die bauliche und technische Ausstattung stimmt. Auch könnten Migrantenkinder ohne anfängliche Deutschkenntnisse ein Gymnasium besuchen - wenn ihr kognitives Potential den Anforderungen dieser Schulform entspricht, und wenn ihnen dort ein sprachlicher Intensivkurs ermöglicht wird. Nicht zuletzt ist womöglich manches "lernbehinderte" Kind ohne Not in die Förderschule verwiesen worden - weil Problemkompetenz und -ressourcen an der Regelschule fehlten.

Wenn aber zukünftig *alle* Schüler zwanghaft gemeinsam beschult würden, unabhängig von Ihrem real existierenden (durchaus dynamisch verstandenen) Lernvermögen, wird das die Leistungs- und Sozialentwicklung vieler einzelner Kinder beeinträchtigen - zumal im derzeit praktizierten bzw. angestrebten Sparmodus ("wohlwollende Vernachlässigung", BERND AHRBECK). Ein solcher Niveauverlust wäre auch gesamtgesellschaftlich inakzeptabel.

Schüler helfen einander gerne und können durchaus voneinander lernen. Aber schnelle Lerner haben auch ein Recht auf herausfordernden Unterricht. Und Leistungsschwächere brauchen nicht nur Schutz vor dem ständigen Vergleich mit den Besten, sondern bedürfen auch in besonderem Maße konstanter pädagogischer Bindung. Förderlehrer, die stundenweise von Schule zu Schule hetzen ("Reisepädagogik"), können dies nicht leisten. Mit steigender Inklusionserfahrung wächst denn auch der Elternwunsch nach Förderschulen.

Empirische Befunde zur Lernwirksamkeit in inklusiven Settings haben sich als höchst ambivalent erwiesen, in der Sekundarstufe (Sachkomplexität, Pubertät) fehlen sie weitgehend. Der Slogan "Vielfalt macht schlau" trifft jedenfalls nur in Grenzen zu: Am erfolgreichsten lernen Schüler in *moderat* heterogenen Klassen - bei hoher Unterrichtsqualität. Dagegen wird zieldifferentes Unterrichten als Regelfall mit wachsendem Alter überaufwändig und unübersichtlich - und ist nicht zuletzt rechtlich fragwürdig.

III. Deutschland hat das Bildungsrecht für alle Kinder längst gesichert.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) will allen Menschen mit Behinderung u.a. ungehinderten Zugang zum allgemeinen Bildungswesen ermöglichen - zu Recht, denn in vielen Ländern sind behinderte Kinder bislang vom öffentlichen Schulbesuch ausgeschlossen.

Das deutsche Bildungswesen hingegen erfüllt die BRK bereits: Die hiesigen Förderschulen sind derjenige Teil des allgemeinbildenden Schulsystems, der gesellschaftliche Teilhabe durch spezifische Unterstützung herbeiführen soll; solche besonderen Maßnahmen gelten laut Konvention aber gerade nicht als Diskriminierung (Art. 5, Abs. 4).

Das deutsche Bildungswesen wäre gewiss in mancher Hinsicht optimierbar - für eine generelle Schulreform zur inklusiven Einheitsschule besteht indes aus lernpsychologischer wie gesellschaftlicher Perspektive keine Notwendigkeit.

IV. So viel (hochqualitative) Integration wie möglich, so viel (durchlässige) Separation wie nötig!

Heterogenität ist eine Anfangsgegebenheit des Schulischen, aber Simultaneität nicht deren Lösung. Auch im Pädagogischen lässt sich ein Spektrum des Normalen und Bereiche des Besonderen unterscheiden - und diese Differenz verdient Respekt. Allzu Ungleiches sollte man weder gleich noch zugleich behandeln. Es gilt, die Goldene Mitte zwischen menschlich Wünschbarem und schulpädagogisch Machbarem auszuloten. Die Politik verlange also nicht das Unmögliche, sondern finanziere das Sinnvolle:

Das Förderschulsystem nicht schwächen oder gar auflösen!

Jeder Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf muss wohnortnah in geschütztem Rahmen gezielt gefördert werden können, die elterliche Wahlfreiheit zwischen Regel- und Förderbeschulung muss erhalten bleiben. Professionelle Förderlehrkräfte müssen weiterhin in angemessenem Umfang zur Verfügung stehen. Flüchtig „inklusionsgeschulte“ Regellehrer sind latent überlastet und bilden für Förderkinder ein hohes Entwicklungsrisiko - und für sich selbst ein gesundheitliches.

Die pädagogische Professionalität der Regelschullehrer stärken!

Je größer die methodische und pädagogische Kompetenz der Lehrer, desto eher können - bei entsprechenden Unterstützungsressourcen - auch Schüler mit vorübergehenden Entwicklungsproblemen an Regelschulen verbleiben und dort angemessen gefördert werden.

V. Keine Denktabus, keine Maulkörbe!

Jedes Kind soll an dem für es geeignetsten Ort lernen können - dies kann durchaus (wie weltweit üblich) auch eine Spezialschule oder -klasse sein. "Gemeinsames Lernen" ist nur dann sinnvoll, wenn die Förderbedingungen für alle betroffenen Schüler nachweislich nicht schlechter sind als beim Lernen in verschiedenen Schulformen oder leistungsdifferenten Lerngruppen. Das Entwicklungswohl von Schülern ist primär eine Frage von Unterrichtsqualität und Förderressourcen, nicht aber der Schulstruktur.

Schulische Inklusion entpuppt sich zunehmend als "problemproduzierende Problemlösung" (RAINER DOLLASE). Darüber brauchen wir mehr öffentliche Debatte, ohne Blockade durch Maulkörbe oder Denktabus. Kinder mit und ohne Behinderung sind kein Spielball - weder für Sparfüchse noch für Schulideologen.

Gegenüber irrenden Obrigkeiten haben Beamte übrigens die Pflicht zur Remonstration. Auch andere betroffene Bürger könnten etwas tun: mit den Bildungsexperten der Parteien diskutieren, in Leserbriefen aus der Schulpraxis berichten, eine Petition anstoßen ...